

Keine Sanktionen gegen Deutschland

Autor(en): **Raschle, Iwan / Haitzinger, Horst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebenspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **119 (1993)**

Heft 27

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-611802>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

VON IWAN RASCHLE

Die Schweizer Regierung schweigt nicht mehr länger und bezieht endlich Stellung zum lodernen Rechtsradikalismus in Deutschland. In einer am letzten Freitag veröffentlichten Erklärung weist der Bundesrat den Vorwurf von sich, nichts gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu unternehmen, und weist auf die politische Eigenständigkeit des Nachbarstaates: «Der Bundesrat respektiert die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland und will sich nicht in innerdeutsche Angelegenheiten einmischen. Der Bundesrat erachtet es nicht als notwendig, Sanktionen gegen die Bundesrepublik Deutschland zu ergreifen oder

chen Lichterketten klar und deutlich Mitgefühl und Trauer. Mehr könne die Regierung nicht gegen Fremdenfeindlichkeit unternehmen («Man kann das Feuer ja nicht landesweit verbieten»), und dem Bundesrat seien in dieser Sache die Hände gebunden.

Das Gebot der – obgleich bewaffneten – Neutralität lasse es nicht zu, ein befreundetes Land, ja einen wichtigen Handelspartner «aufgrund vorläufiger Schlüsse oder gar Vorurteile» zu kritisieren und mit schmerzhaften Sanktionen zu bestrafen. Schliesslich seien die Unruhen und Brandstiftungen auf gesellschaftliche und soziale Missstände zurückzuführen, die nicht der Regierung Kohl anzulasten seien. Ausserdem könnten Sanktionen nach Ansicht der



ROBERT HUTZINGER

Klare Haltung des Bundesrates:

Keine Sanktionen gegen Deutschland

ins Auge zu fassen, und wird sich auch auf internationaler Ebene von entsprechenden Absprachen nichtneutraler Staaten distanzieren.»

Damit unterstreicht die Landesregierung deutlich, dass Deutschland ein ausländerfreundliches Volk ist – eine Erkenntnis, zu der mittlerweile selbst Bundeskanzler Helmut Kohl – in einer Rede zu den jüngsten Brandanschlägen – gelangt ist. In seiner Mitteilung stützt der Bundesrat die Aussage der deutschen Regierung, wonach der ganze Trümmelwirbel um die angeblich fremdenfeindlichen Deutschen von ausländischen Medien initiiert sei und jeglicher Grundlage entbehre. Deutschland zeige schliesslich mit den wöchentlichen

Landesregierung «kontraproduktiv sein und auf unser Land sowie auf seine ohnehin angeschlagene Wirtschaft zurückzuführen.»

Der Bundesrat reagiert mit diesem Communiqué auf die während der Sommer-session vor allem in linken Kreisen geäusserte Kritik, Aussenminister Corti, ja die Regierung überhaupt, schaute untätig zu, wie in Deutschland ein von Ausländern bewohntes Haus um das andere abgefackelt werde. Ausschlaggebend für die überraschend erfolgte und ungewöhnlich klar formulierte bundesrätliche Stellungnahme war schliesslich eine von Claude Hofbauer (parteilos) eingereichte Anfrage mit folgendem Wortlaut:

«Was gedenkt der Bundesrat gegen die rechtsradikalen Ausschreitungen in Deutschland zu tun? Plant der Bundesrat, Sanktionen zu erlassen oder zumindest auf diplomatischer Ebene die nötigen Schritte zu unternehmen, um die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Handeln – oder zumindest zu einer klaren Haltung gegenüber der Nazi-Bewegung – zu zwingen?»

Erste Stellungnahmen von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden zeugen von der grossen Verwirrung, die der Bundesrat mit seinem plötzlichen Positionsbezug ausgelöst hat. Als erste Regierung eines an Deutschland angrenzenden Landes hat sich die schweizerische Exekutive zu dem in Deutschland gras-

sierenden Rechtsradikalismus geäussert und «eine klare politische Linie gezogen, die dem freundschaftlichen Verhältnis Rechnung trägt», wie die Schweizer Demokraten betonen. Sie zeigen sich erfreut darüber, «dass der Bundesrat nicht in das allgemeine Wechsellager über den angeblich wiedererwachenden Nationalsozialismus einstimmt und einen klaren Kopf bewahrt.»

Dieser Haltung schliessen sich auch die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie die bürgerlichen Parteien an. In einer gemeinsamen Pressemitteilung heisst es: «Wir gehen mit dem Bundesrat einig, dass es unklug wäre, Deutschland mit Sanktionen zu bestrafen.» Die Bundesrepublik sei ein wichti-

ger Handelspartner der Schweiz, und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sei es nicht angebracht, «ungerechtfertigte Kritik an einer befreundeten Regierung zu üben.»

Anders reagieren die linken und grünen Parteien. Sie werden dem Bundesrat vor, er «ignoriere die Geschichte» und verhalte sich wie die Landesregierung vor und während des Zweiten Weltkriegs: ignorant und eigennützig. «Die Landesregierung erkennt die Zeichen der Zeit nicht, verhält sich passiv und leistet letztlich dem Rechtsradikalismus im eigenen Land Vorschub.» Zumindest eine kritische diplomatische Note an die Regierung Kohl sei angesichts brennender AsylbewerberInnenheime angebracht. Würde

der Bundesrat die deutsche Untätigkeit in aller Öffentlichkeit tadeln, sei das auch für die hiesigen Rechtspopulisten ein deutliches Zeichen, doch endlich mit der unwürdigen Ausländerhatz aufzuhören und sich den wirklichen Problemen unserer Zeit zu stellen.

Die mit diesen Vorwürfen konfrontierten Rechtsparteien, namentlich die fraktionsübergreifende Allianz autofahrender schweizerisch-demokratischer Volkspolitiker, verweisen in einer kurz vor Redaktionsschluss eingegangenen Erklärung auf ihre jüngsten parlamentarischen Vorstösse und betonen, die Zeichen der Zeit längst erkannt zu haben. «Unter dem Vorwand, gegen Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit vorzugehen,

reiten die Linken wieder einmal eine Attacke gegen die staatserehaltenden Parteien, die sich für eine prosperierende Schweiz einsetzen und dafür sorgen, dass der von unseren Grossvätern und Vätern geschaffene Wohlstand denen vorbehalten bleibt, die Anspruch darauf haben.» Im Zusammenhang mit der Ausgrenzung ausländischer Einwohner von Fremdenfeindlichkeit zu sprechen, sei weit verfehlt. «Die Asylanten und Ausländer grenzen sich selbst aus, indem sie sich gegen eine Integration wehren und ihre eigene Kultur pflegen wollen.» Ausländer, das sei hinlänglich bekannt, sorgen vor allem in Grossstädten für Unruhen, seien in Drogengeschäfte verwickelt und störten den inneren Frieden. «Wir haben nichts gegen Ausländer», betont die Allianz, «aber wenn sie bei uns in der Schweiz leben wollen, dann dürfen wir auch Forderungen stellen.»

Wie in Deutschland sei auch die Bevölkerung in der Schweiz verunsichert ob des steigenden Zustroms von Ausländern, weshalb nicht von Fremdenfeindlichkeit die Rede sein müsse, sondern von Fremdenangst. Diese wiederum sei letztlich berechtigt, und vor diesem Hintergrund dürften die Anschläge auf von Ausländern oder Asylbewerbern bewohnte Wohnhäuser nicht überbewertet werden. Diese seien lediglich Ausdruck von Angst und einem enormen Willen, das eigene Hab und Gut, ja das Land – die Schweiz oder Deutschland – zu verteidigen und zu stärken. Solche Aktionen – obgleich bedauerlich – seien recht eigentlich staatserehaltend und demzufolge nicht zu bestrafen – zumal, wie die Erfahrung zeige, Sanktionen Probleme nicht lösen könnten und sich die Schweiz letztlich ins eigene Fleisch schneiden würde.